



BERNER FREISINN

Bern	2/3/4/5	Ja zum NAF	14	Finanzpolitik	17	Seite der Präsidentin	19
BFI-Botschaft	9	Erleichterte Einbürgerung	15	Vollgeld-Initiative	18	Altersvorsorge 2020	20

39. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

Inhalt

Passage de témoin au PLR Tavannes

Michel Devaud a cédé la présidence à Nicolas Rubin.

Page 3

Mobilität in der Region Bern – mehr miteinander statt gegeneinander

Ein Vorschlag der liberalen Gemeinderäte der Region Bern.

Seite 4

Equal Pay Day 2017

Die FDP Frauen fordern gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.

Seite 5

Inländervorrang

Das Parlament hat sich bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) für den FDP-Vorschlag zur selbstständigen Steuerung der Zuwanderung unter Sicherung der bilateralen Verträge entschieden. Die Lösung ist Teil einer breiteren Agenda der FDP im Bereich Migration, so Kurt Fluri.

Seite 16

Digitalisierung

Mit der Digitalisierung ist eine neuerliche industrielle Revolution im Gange. Es gilt, die Ängste ernst zu nehmen – und sich auf die Chancen zu fokussieren, ist Bundesrat Johann Schneider-Ammann überzeugt.

Seite 22

Eidg. Volksabstimmungen vom 12. Februar 2017

Dreimal ein überzeugtes Ja

Am 12. Februar entscheiden die Stimmberechtigten über drei nationale Vorlagen.

Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Durch eine Verfassungsänderung sollen sich junge Ausländerinnen und Ausländer, deren Familien seit Generationen in der Schweiz leben und die hier gut integriert sind, leichter einbürgern lassen können. Wie bisher wird es keinen Automatismus geben und auch die Anforderungen zur Einbürgerung bleiben unverändert. Einzig das Verfahren soll für Personen der dritten Ausländergeneration bis 25 Jahre erleichtert werden. Die FDP unterstützt die Verfassungsänderung, weil diese Personen hier aufgewachsen sind und grösstenteils bestens integriert sind.

Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

Bei der zweiten Vorlage geht es um den Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF). Die Vorlage will die Finanzierung der Nationalstrassen und Agglomerationsprojekte sichern und dazu einen zeitlich unbefristeten Fonds schaffen. Damit sollen Engpässe

auf den Nationalstrassen beseitigt, Betrieb und Unterhalt gesichert und Agglomerationsprojekte mitfinanziert werden. Die FDP befürwortet den neuen Fonds, weil dadurch die Strasse einen Finanzierungsfonds erhält wie dazumal die Schiene mit FABI. Der NAF schafft gleich lange Spiesse für Strasse und Schiene und garantiert ein effizientes Verkehrsnetz in der Schweiz.

Unternehmenssteuer- reformgesetz III

Die Unternehmenssteuerreform III schafft die ermässigte Besteuerung von Holding-, Domicil- und gemischten Gesellschaften ab. Sie stärkt mit neuen Massnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und verschafft

den Kantonen finanzpolitischen Spielraum. Über 150 000 Personen arbeiten für gesondert besteuerte Firmen und sind von der Steuerreform betroffen, weil deren Stellen bei einer Ablehnung der Steuerreform auf dem Spiel stehen. Die Steuerreform betrifft jedoch nicht nur grosse Unternehmen, sondern auch KMU. Viele KMU und zehntausende Arbeitsplätze sind auf diese Firmen angewiesen. Denn grosse Unternehmen sind wichtige Auftraggeber von KMU. Mit der Steuerreform werden wichtige Arbeitsplätze gesichert und es wird für eine wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU-Wirtschaft gesorgt. Die FDP engagiert sich an vorderster Front für die Steuerreform, da von einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz alle profitieren.



Nachgefragt

Interview mit Thomas Berger

Am 3. März 2017 endet die Zeit von Thomas Berger als Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Bern (jfbe) und somit auch als Mitglieder der Parteileitung der FDP. Die Liberalen Kanton Bern. Im Gespräch mit Elias Maier blickt Berger auf seine dreieinhalb Jahre als Präsident des Kantonalberner Jungfreisinn zurück.

Seit kurzem bist Du Berner Stadtrat. Folglich hat sich Dein Engagement als jfbe-Präsident gelohnt?

In der Politik ist es wichtig, den Mut zu haben, sich zu exponieren und Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch die Parteiarbeit. Ich habe jedoch das Amt als jfbe-Präsident nicht angetreten, um meine eigene Karriere zu pushen. Als ich das Präsidium der Partei übernommen habe, ging es mir darum, die gute Arbeit meiner Vorgänger weiterzuführen und den Jungfreisinn im Kanton Bern weiter zu stärken. Trotzdem freue ich mich natürlich enorm über die Wahl und sehe sie als Bestätigung für mein jahrelanges Engagement für den Berner (Jung)Freisinn.

Hast Du bereits konkrete Projekte und Pläne, die Du im Stadtrat angehen wirst?

Mir sind gute Bedingungen für den Stadtberner Breitensport und Berns Jugend ein wichtiges Anliegen, wie auch das noch in der Stadt Bern verbliebene Gewerbe. Sorgen bereiten mir die städtischen Finanzen. Für diese Themen werde ich mich als Stadtrat besonders einsetzen.

Als Präsident der Jungfreisinnigen hast Du sehr viel erreicht. Wenn Du nun auf die dreieinhalb Jahre als Präsident zurückblickst, welches waren die Highlights?

Highlights waren einerseits unzählige Neueintritte, die wir in dieser Zeit verzeichnen konnten und die daraus resultierende Vielzahl an jungen, hochmotivierten und talentierten Köpfen, welche den Berner Freisinn in den kommenden Jahren mitprägen wer-



Thomas Berger

den. Ferner möchte ich besonders meinen Vorstand und die Sektionen hervorheben; sie leisten hervorragende Arbeit an der Basis. Zudem haben wir unsere jungfreisinnigen Positionen in den wichtigsten Dossiers mit neuen Positionspapieren geschärft. Die so erarbeiteten Grundwerte gilt es, in den kommenden Jahren noch besser in das politische Tagesgeschäft einzubringen. Ein persönliches Highlight war schliesslich die Wahl von Christa Markwalder als Nationalratspräsidentin. Christa ist für unzählige junge Leute in unserem Kanton ein riesiges Vorbild.

In der neuen Mitgliederbroschüre werben die Nationalräte Christa Markwalder und Christian Wasserfallen zusammen mit Regierungsrat

Hans-Jürg Käser und Bundesrat Johann Schneider-Ammann für die Jungfreisinnigen. Doch ganz ehrlich, zu einem solchen Amt werden es die wenigsten Jungfreisinnigen schaffen, nicht?

Christa und Christian sind das beste Beispiel, wie weit man es mit einer guten Nachwuchsförderung bringen kann. Doch auch sie haben die Ochsentour durch die verschiedenen Ebenen der Politik absolviert. Mit viel Willen und Engagement kann man es weit bringen. Natürlich ist immer auch etwas Glück dabei und dass man zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort ist. Ein aktives Engagement beim Jungfreisinn zahlt sich aber auf jeden Fall aus – so knüpfen viele Jungfreisinnige beispielsweise enge und langjährige Freundschaften.

Du hast die Jungfreisinnigen dazu gebracht, an zahlreichen Kampagnen teilzunehmen und seit den Wahlen kennst Du wohl beinahe alle Briefkästen in Bern. Was war Deine Motivation dahinter?

Wir leben in einer Zeit, in der eine ruhige, sachliche und freiheitliche Stimme notwendiger ist denn je. Im Vergleich zu anderen Jungparteien geht es bei uns nicht um die billige Provokation. Wir argumentieren sachlich und mit grossem Einsatz. Dies ist meine liberale Grundeinstellung und zugleich meine grösste Motivationsquelle. Offensichtlich ist es mir gelungen, diese Motivation und Grundeinstellung auf die Jungfreisinnigen zu übertragen.

Du bist aber ein kritischer Geist, auch Dir selbst gegenüber und der Partei. Wo siehst Du Verbesserungspotenzial?

An den Wahlurnen erzielen wir noch nicht die gewünschten Resultate. Es gilt, künftig Wege zu finden, dass die Wählerinnen und Wähler unser grosses Engagement auch an der Urne besser würdigen.

Wie erlebst Du die Zusammenarbeit mit der FDP?

Wir haben grundsätzlich eine gute und enge Zusammenarbeit und ich habe die Zeit in der kantonalen Parteileitung sehr geschätzt. Der Jungfreisinn ist für die Rekrutierung von freisinnigem Nachwuchs im Kanton Bern elementar. Es ist aber wichtig, dass diesem Nachwuchs zu gegebener Zeit der Übertritt vom Jungfreisinn zur FDP gelingt. An dieser Schnittstelle gingen in den letzten Jahren viele Nachwuchshoffnungen verloren.

Gibt es noch weitere Dinge, welche aus Deiner Sicht weniger gut sind?

Der Berner Freisinn verwaltet mehr, als dass er gestaltet. Oftmals reagieren wir, statt selber zu agieren und die

Fortsetzung auf Seite 3

Passage de témoin au PLR Tavannes

Après de nombreuses années de bons et de loyaux services, Michel Devaud a cédé la présidence à Nicolas Rubin, nouveau venu au sein du PLR Tavannes, mais déjà connu du monde politique régional en ayant siégé plusieurs années au conseil de ville de Moutier.

En effet, le PLR tavannois a tenu sa traditionnelle assemblée générale le 7 décembre dernier et a nommé un nouveau comité pour l'année électorale qui s'annonce dans la commune. Mise à part la présidence, Jonathan Hirt a repris la vice-présidence qui était vacante, alors que Monique Zürcher a cédé le secrétariat à David Mäder. Carine Morgenthaler a quant à elle gardé son rôle de caissière au sein du parti. Le comité est complété par l'ancien président Michel Devaud, par Pierre-Alain Gyger et par l'actuel conseiller municipal Christian Achermann, tous trois nommés comme assesseurs.

Ambitions électorales pour le parti

L'année 2017 rime avec année électorale à Tavannes. Effectivement, les Tavannoises et Tavannois se rendront aux urnes le 26 novembre prochain afin de renouveler leurs autorités. Si actuellement le parti possède un membre au conseil municipal, celui-ci



Sous les yeux de Patrick Roethlisberger, président du PLR Jura bernois (milieu), la présidence du PLR Tavannes passe de Michel Devaud (à droite) à Nicholas Rubin (à gauche).

souhaite se renforcer et obtenir un siège de plus lors de ces élections. Le nouveau comité mis en place se veut optimiste et ambitieux: le PLR possède les membres et les qualités requises pour atteindre ses ambitions et veut renouer avec son glorieux passé qu'il a connu dans la commune. Plus

ieurs maires tavannois étaient PLR et le parti était autrefois représenté par plus de trois membres au sein du conseil municipal. Il est aujourd'hui permis de croire que le siège supplémentaire pourra être obtenu. Quant à la mairie, tout reste ouvert: le maire UDC actuel ne souhaitant pas se re-

présenter, des discussions au sein du parti ont déjà été entreprises.

Préfecture et vote communaliste

Au niveau régional, le PLR Tavannes soutient activement la candidature de Mme Stéphanie Niederhauser à la préfecture, nomination qui aura lieu courant 2017. Elle possède toutes les qualités requises pour tenir ce poste et représenter dignement le parti au niveau du Jura bernois.

Quant au vote communaliste qui se tiendra le 18 juin à Moutier, le parti soutient le maintien de la cité prévôtise comme principale commune du Jura bernois. Il espère que les Prévôtises et Prévôtis sauront faire le bon choix le moment voulu, car Moutier a une rôle essentielle à jouer au cœur de notre région, notamment avec Tavannes comme partenaire.

Le PLR Tavannes transmet ses plus cordiales salutations libérales radicales à tous et vous souhaite une excellente année 2017.

Fortsetzung von Seite 2

politische Agenda des Kantons aktiv zu gestalten. Viele von uns wissen noch genau, wie es vor 20 Jahren war, aber kaum jemand weiss, was in 20 Jahren sein soll. Doch genau dieses Visionäre und Zukunftsorientierte ist aus meiner Sicht zentral. Beim Berner Freisinn spricht man oft von Nachwuchsförderung, und der Jungfreisinn wird aufgefordert, ruhig auch mal «aufmüpfig» zu sein. Aber kaum machen wir es, werden wir dafür kritisiert. Generell wünsche ich mir einen Berner Freisinn, der sich noch klarer als liberale Partei positioniert, sowohl in Fragen der Gesellschaft als auch der Wirtschaft. Wir dürfen nicht einfach als Juniorpartnerin anderer Parteien auftreten, sondern müssen dezidiert eigenständig sein.

Bald wirst Du an der HV verabschiedet. Wer tritt Deine Nachfolge an?

Ich habe mir gewünscht, dass es eine Kampfwahl geben wird, und offenbar wird dieser Wunsch in Erfüllung gehen. Persönlich halte ich mich aus dieser Frage raus. Dass es mehrere sehr versierte Personen gibt, die dieses Amt möchten, sehe ich als Zeichen der guten Aufbauarbeit, die wir in den letzten Jahren geleistet haben.

Was möchtest Du Deiner Nachfolgerin oder Deinem Nachfolger mit auf den Weg geben?

Gegenwind kann und muss als Auftrieb genutzt werden. Ich wünsche mir, dass der Jungfreisinn auch weiterhin sachlich und ohne Polemik politisiert und sich nicht aufgrund der

Aussicht auf mediale Präsenz der Lächerlichkeit Preis gibt. Ich bin überzeugt, dass unsere Art des Politisierens nachhaltigeren Erfolg bringt.

Wird man Dich auch künftig noch bei den Jungfreisinnigen sehen?

Zum Glück wurde neulich die Alters-

limite aufgehoben. Ich werde der Partei also hoffentlich noch lange erhalten bleiben. Der Jungfreisinn ist meine politische Heimat, und die progressive Stimme innerhalb der freisinnigen Familie.

Interview: Elias Maier

Volksabstimmungen vom 12. Februar 2017

Parolen der FDP Kanton Bern

JA zum Unternehmenssteuerreformgesetz III

JA zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

JA zum Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

Mehr miteinander statt gegeneinander

Gemeinsam mit den liberalen Gemeinderäten aus der Region Bern (23 Personen) setzen wir uns für neue Impulse und mutige Entscheide ein. Es reicht nicht, das Bestehende in den engen Gemeindegrenzen zu verwalten oder Vorfremde auf Gemeindefusionen in weiter Ferne zu versprühen.

Henrik Schoop,
Gemeinderat Ostermundigen
Alexandre Schmidt,
ehemaliger Gemeinderat
Stadt Bern

Mobilität ist für die Menschen ein Grundbedürfnis – sie erlaubt uns buchstäblich unsere Ziele zu erreichen. Es gibt nicht einfach ÖV-Fahrer, Fussgänger, Velofahrer oder Autofahrer. Menschen wählen das richtige Verkehrsmittel nutzenorientiert aus. Niemand verkehrt zum reinen Plausch oder unnötigerweise. Nebenwirkungen der Mobilität wie Lärm, Gefahr und Luftverschmutzung sind zurückgegangen und die Sicherheit ist enorm gestiegen. Das Bedürfnis nach Mobilität nimmt weiter zu, prognostiziert ist ein Verkehrswachstum alleine auf der Strasse um 25 Prozent bis ins Jahr 2030. Dies zu meistern, lautet die Herausforderung für die Politik.

Die heutige Verkehrspolitik der Stadt Bern erscheint zu sehr als eine ideologisch geprägte Verkehrspolitik, die nicht die Stadt mit ihrer Agglomeration fördert, sondern hemmt. Ihre Politik vernachlässigt den motorisierten Individual- und den Wirtschaftsverkehr gegenüber anderen Verkehrsträgern. Die Entscheide der Stadt Bern beeinflussen dadurch das Verkehrsaufkommen der anliegenden Gemeinden, ohne dass diese angemessen Einfluss nehmen können und die darum zuweilen den Weg über Einsprachen statt Dialog gehen müssen.

Die liberalen Gemeinderäte aus der Stadtregion priorisieren jene Lösungen, die die Mobilität zulassen und verflüssigen, ohne aber einen Verkehrsträger auszuschliessen oder zu diskriminieren. Als Einschränkung gilt das Primat des Schutzes der Quartiere, was weniger durch Poller, sondern vielmehr durch eine Verflüssigung des Verkehrs auf dem Basisnetz

gelingt. Wie schaffen wir erschwingliche, effiziente und verfügbare Mobilität für alle? – Das muss die Leitfrage sein! Und dies immer unter Berücksichtigung einer möglichst tiefen Beeinträchtigung durch Lärm und Schmutz sowie bei hoher Sicherheit.

Das regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) der Regionalkonferenz Bern-Mittelland dient als übergeordnete Grundlage, um Verbesserungen für alle Verkehrsträger zu erzielen. Die liberalen Gemeinderäte haben ergänzend folgende Lösungen, um Verbesserungen in der Verkehrspolitik in der Stadtregion Bern umzusetzen:

Neue Mobilitätsleitstelle

Um das untergeordnete Strassennetz vom privaten Motorfahrzeugverkehr zu entlasten und gleichzeitig einen drohenden Verkehrsstillstand der Region Bern zu vermeiden, müssen die Verkehrswege nicht nur erhalten oder punktuell ausgebaut, sondern intelligent bewirtschaftet werden. Eine intermodale (statt für jeden Verkehrsträger eine unabhängige) Mobilitätsleitstelle sorgt dafür. Bisher kennt nur Bernmobil eine Leitstelle, die diesen Namen verdient.

Stadtentwicklung

Muri-Gümligen, Ostermundigen und Bern (z. B. Viererfeld, Wankdorf City, Forsthaus, Weyermannshaus, Ausserholligen, Bümpliz-Bethlehem) entwickeln sich immer mehr bis direkt an die Bahnlinien und die Autobahn. Dabei wird nun ein Manko der Berner Verkehrspolitik sichtbar. Alle Autobahnen und Zuglinien verlaufen oberirdisch. Der Verkehr wird nur bei Westside-Brünnen und beim Murifeld in Tunnels geführt. Der Verkehr ist ein Hindernis der Stadtentwicklung. Im Vergleich dazu hat Zürich, Basel oder Luzern sehr viel Verkehr unter den

Boden gebracht. Die FDP-Gemeinderäte fordern daher eine Auseinandersetzung mit der Frage der Untertunnelung von Verkehrsströmen über die ganze Stadtregion – das würde uns allen helfen.

Zugang zu Stadt und Parkierung

Nicht nur die Wirtschaft leidet unter Stau im Strassenverkehr, weil ein Grossteil der Mitarbeitenden dezentral verteilt bei Kunden und auf Baustellen arbeitet. Andere Grossräume haben bereits vor Jahrzehnten begonnen, Ringverkehr zu planen und zu organisieren, siehe zum Beispiel Strassbourg, Mailand, Lyon, Paris und London. Bern hat seinen Ring nie fertig gebracht.

Darum ist es zu Tageszeiten schwierig, in die Stadt zu gelangen, sich in ihr zu bewegen und sie zu verlassen. Der Raum ist zu eng, die Wege zu kompliziert. Die Läden in der Altstadt beklagen sich über fehlende Kundschaft. Hingegen boomen Einkaufszentren wie Coop Wankdorf, Schönbühl oder Westside dank ihren Parkhäusern. Alle Menschen sind auf möglichst staufreie Strassen und eine angemessene Anzahl Parkplätze angewiesen.

Wir wollen die Parkiersituation für alle Verkehrsteilnehmer verbessern. Nämlich sowohl für Velos, Roller, Motorräder als auch für Autos. Davon profitieren nicht nur die Läden und Gewerbetreibende, sondern gerade auch die Anwohnerinnen und Anwohner in den Quartieren, die heute unter starkem Suchverkehr leiden. Den schleichenden Parkplatzabbau gilt es zu stoppen (z. B. Schützenmatte). Prohibitiv hohe Parkplatzgebühren sind zu vermeiden.

Autobahn

- Ausbau von A6 und A1 im Rahmen der Engpassbeseitigung des Bundes.

- Solange die Engpassbeseitigung der A1/A6 nicht erfolgt ist, braucht es endlich die Pannestreifen-Umnutzung. Die Erfahrungen bspw. in Morges sind durchwegs positiv.

- Neuer A1-Autobahn-Halbanchluss in Richtung Bern bei der Raststätte Grauholz (zur Entlastung von Zollikofen und der Enge-Halbinsel).

Motorisierter Individualverkehr

- Eine Nord-Süd-Verbindung durch die Stadt Bern in Bahnhofsnähe muss bleiben.

- Die Achsen aus der Agglomeration in die Innenstadt sind offen zu halten.

- Um den Verkehrsfluss zu optimieren, braucht es ein Verkehrsmanagement: Dosierungsanlagen, variierbare Tempovorgaben, zentral, adaptive gesteuerte Lichtsignalanlagen und Parkplatzbewirtschaftung für alle Verkehrsträger integriert. Mit der Engpassbeseitigung hilft sie, dass im Zentrum der Durchgangsverkehr vermieden wird.

Öffentlicher Verkehr

- Anteilsmässige Vertretung der Region und der Wirtschaft im Verwaltungsrat von Bernmobil: Ausbau zu einer neuen Trägerschaft fördern.

- Zugverkehr in den Knotenpunkten Wankdorf, Worblaufen und Ausserholligen durch die bessere Erschliessung mit Bus und Tram sowie als Haltestation von IR/RE fördern.

- Tram Bern-Ostermundigen umsetzen.

- Die Länggasse und Wyler brauchen auch ein Tram.

- Auch die unterirdische Verlängerung des RBS vom Bahnhof Bern via Insel nach Köniz muss auf die Traktandenliste.

Fortsetzung auf Seite 5

Equal Pay Day 2017

Damit die Lohnlücke nicht zur Rentenkluft wird!

Frauen müssen bis zum 24. Februar arbeiten, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten, den Männer schon am 31. Dezember haben.

Kathrin Hayoz,
Vorstandsmitglied
FDP Frauen Kanton Bern

Gemäss der letzten Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik beträgt die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern in der Schweiz immer noch 15,1 Prozent. Ein Teil des Unterschiedes lässt sich beispielsweise durch Berufserfahrung oder Teilzeitpensen erklären, der «unerklärliche» und damit diskriminierende Teil ist eindeutig verfassungswidrig, und von daher mehr als recht, sich dem entgegenzustellen. Gleicher Lohn für gleichwertige



Arbeit! Und es geht noch weiter. Was noch kaum thematisiert wird: Verglichen mit der durchschnittlichen Rendendifferenz von 37,1 Prozent besteht mit der Lohndifferenz eine vergleichs-

weise «kleine» Lücke. Die Lohndifferenz trägt – vor allem über die 2. Säule – dazu bei, dass es nach dem Erwerbsleben zu einer regelrechten Rentenkluft von 37,1 Prozent kommt. Kurz: Ein kleiner Lohn führt zu einer noch kleineren Rente. Ein guter Grund mehr, am 24. Februar 2017 mit dem Equal Pay Day auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen!

Rechtliche und tatsächliche Gleichstellung und insbesondere gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind seit 1981 in der Bundesverfassung ausdrücklich verankert (Art. 8 Abs. 3 BV). Dieser Verfassungsgrundsatz ist jedoch bis heute nicht umgesetzt.

Lohndiskriminierung schadet der Volkswirtschaft. Die Schweiz prosperiert zwar, im Vergleich zu anderen Ländern aber gerät sie wirtschaftlich in Rückstand. Die schlechtere Bezahlung von Frauen, wie auch Fehlanreize bei den Steuern und fehlende bzw. zu teure Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und ältere Angehörige, führen dazu, dass trotz guter Ausbildung nur ein Teil der Arbeitskraft der Frauen am

Arbeitsmarkt verfügbar ist. Dabei ist unsere Wirtschaft aufgrund der demografischen Entwicklung und der restriktiven Ausländerpolitik auf dieses Arbeitskräftepotenzial angewiesen.

Die Kombination aus unfairer Entlohnung, hohen Betreuungskosten und Steuerprogression führt jedoch dazu, dass sich viele Frauen für einen längeren Zeitraum ganz oder teilweise aus dem bezahlten Erwerbsleben zurückziehen. Es wäre jedoch auch für die Unternehmen kostengünstiger, sie im Arbeitsalltag integriert zu halten, was einen Wiedereinstieg bzw. die Erhöhung des Pensums und das Übernehmen von neuen Aufgaben wesentlich vereinfachen würde.

Aus all diesen Gründen setzen wir uns dafür ein, dass in der Schweiz endlich vorwärtsgemacht wird und Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn wie Männer erhalten!

Agenda FDP Frauen Kanton Bern

Mitgliederversammlungen Frauen Kanton Bern

26. Januar, 6. April, 17. August, 23. November (Dinner)

Weitere Termine FDP Frauen

24. Februar, Equal Pay Day

1. April, Generalversammlung FDP Frauen Schweiz

11. Juni, Schweizerischer Frauenlauf in Bern

Veranstaltung in Bern

Freitag, 24. Februar

11.00 bis 14.00 Uhr

Start vor der Sprachschule

Inlingua,

Waisenhausplatz 28, Bern

Fortsetzung von Seite 4

Fuss- und Veloverkehr

- Für genügend Flaniermöglichkeiten in der Innenstadt sorgen.
- Bewirtschaftung von 2-Rad-Parkplätzen im Zentrum.
- Velo- und Fussverkehr klar trennen (Sicherheit).
- Für Tempo 30 im Quartier.
- Die Velobrücke zwischen Länggasse-Lorraine ist zu teuer (30 Millionen).

- Veloverbindungen zwischen Region und Stadt auf Aussenrouten realisieren.

Fazit

Das Ziel unserer Politik ist es, sinnvolle Mobilität zu ermöglichen. Es braucht dafür ein verbessertes Miteinander. Wir setzen uns für die freie Wahl des Verkehrsmittels ein und bauen dabei auf eine intelligente

Kombination von nationalem und regionalem Strassennetz, Schiene und Langsamverkehr sowie den verantwortungsbewussten Einsatz der Mobilität durch die Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für eine sichere, kostenbewusste und gleichwertige Mobilität ein. Kurze und funktionsfähige Verkehrswege sind die Lebensadern der Region Bern. Dazu gehören ein gut ausgebauter öffentlicher

Verkehr, ein effizientes Strassennetz und der nötige Raum für den Langsamverkehr. Diese Kombination muss auf Effektivität geplant und betrieben werden.

Am Positionspapier haben folgende Personen mitgearbeitet: Marco Rupp (Ittigen), Eduard Knecht (Wohlen), Beat Giauque (Ittigen), Jolanda Schläfer (Mühleberg), Markus Kämpfer (Frauenkappelen).